Staatsstreichwahlen

Faschismus

und

Der revolutionäre Ausweg

Preis 5 Pfennige

Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)

Junius-Verlag (Heinrich Brandler) Berlin NO 18

Inhaltsverzeichnis

Die Staatsstreichwahlen vom 31. Juli

Der Parlamentarismus hat in Deutschland nur noch minimalen politischen Kurswert. Das zeigte der Staatsstreich der Papen-Regierung vom 20. Juli mit aller Klarheit. Das Machtwort des Reichspräsidenten setzt einen Hauptmann und drei Mann in Bewegung und die setzen eine parlamentarische Regierung ab. Der Staatsstreich der Papen-Regierung erweist die Hohlheit des bürgerlichen Parlamentarismus und die Tatsache, daß keine Kraft existiert, die ihn ernsthaft verteidigt. Seine Sachwalter, vor allem die sozialdemokratischen Führer, haben seit 1919 das bürgerlich-parlamentarische System selbst entmannt und aus Angst vor dem revolutionären Proletariat Stein um Stein zusammengetragen für die Verselbständigung des Staatsapparates gegenüber dem Parlament, für die Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, für die Ausschaltung des Parlaments bei wichtigen Entscheidungen, für die Außerkraftsetzung der Verfassung durch den Artikel 48 der Weimarer Verfassung und durch das darauf fußende Notverordnungssystem. Die Sozialdemokraten, die letzten Mohikaner des bürgerlich-parlamentarischen Systems, haben am 20. Juli kampflos kapituliert; denn ihr „Widerstand" war nur eine widerliche Komödie.

Das Werturteil über den bürgerlichen Parlamentarismus war also nicht am 31. Juli zu fällen, es war am 20. Juli gesprochen. Wenn eine Entscheidung zu fällen war, dann nicht am 31. Juli; sie ist am 20. Juli durch den Staatsstreich der Papen-Regierung gefallen, der ein Akt der Vorbereitung der Staatsstreichwahlen vom 31. Juli und der erste Akt des faschistischen Staatsstreichs war. Mit der Auflösung des alten Reichstags durch die Papen-Regierung und der Vorbereitung der Neuwahlen war beabsichtigt, der Regierung der Schwerindustrie, Junker und Generale den parlamentarischen Schein zu schaffen; die Wahlen waren als Plebiszit (Volksabstimmung) für den konterrevolutionären Staatsstreich gedacht. Auch Mussolini und Pilsudski haben sich bemüht, unter dem fadenscheinigen Mäntelchen des Scheinparlamentarismus so lange als möglich ihre Diktatur zu verbergen. Die Staatsstreichwahlen der Papen-Regierung wurden durch das Demonstrationsverbot, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, durch zeitweise Verhängung des militärischen Ausnahme-

zustandes, durch Zeitungsverbote, durch Ausschaltung der Kommunisten aus der Rundfunkpropaganda, durch den physischen Terror der Polizei und der SA.-Banditen entsprechend vorbereitet. Alle diese Maßnahmen richteten sich in erster Linie gegen die Kommunisten, gegen die in Versammlungen, Rundfunk und Presse von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten so ziemlich alles an Beschimpfungen und Verleumdungen aufgeboten wurde, was das bürgerliche Lügenarsenal aufzuweisen hat.

Das Wahlergebnis

Die Wahlen vom 31. Juli haben folgendes Stimmenergebnis gehabt:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 36 687 000 = 83,2 Prozent aller Wahlberechtigten.

Davon erhielten:		Reichstagswahl 1930
SPD	7 949 883	8 575 244
NSDAP	13 732 413	6 406 379
KPD	5 276 887	4 590 160
Zentrum	4 600 296	4 127 000
Bayr. Volkspartei	1 179 717	1 058 637
DNVP	2 174 071	2 457 686
Deutsche Volkspartei	436 337	1 577 365
Wirtschaftspartei	146 370	1 361 762
Staatspartei	374 816	1 322 034
Dtsch. Landvolk	91 369	1 108 043
Chr.-Soz. Volksdienst	362 331	869 595
Volksrechtspartei	40 887	271 284
Dtsch. Bauernpartei	137 081	339 434
Landbund	96 859	193 926
Dtsch. Hannoveraner	46 873	457 087
SAP	73 482	

Die **Nationalsozialisten** gehen aus den Wahlen als die stärkste Partei hervor. Sie haben 37,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten; KPD (14,3) und SPD (21,6) **zusammen** 35,9, mit SAP rund 36 Proz. Bei den Reichstagswahlen 1928 erhielten NSDAP 2,6, SPD 29,8, KPD 10,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen; 1930 erhielten NSDAP 18,3, SPD 24,5 und KPD 13,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug im September 1930 82, im Juli 1932 83,2 Prozent aller Stimmberechtigten. Bei einer stärkeren Wahlbeteiligung haben die Nationalsozialisten 1932 **allein** einen höheren Prozentsatz der abgegebenen Stimmen erhalten wie SPD und KPD zusammen. Der prozentuale Anteil der SPD und KPD an der Gesamtstimmenzahl ist gegenüber 1930 um 1,7 Prozent gesunken. Auch gegenüber ihrem höchsten Wahlerfolg bei dem zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl 1932, wo die Deutschnationalen größtenteils für die NSDAP stimmten, haben die Nationalsozialisten noch 300 000 Stimmen gewonnen. Nach diesem Wahlergebnis zu urteilen kann von einem Stillstand der faschistischen Entwicklung, wie ihn in trauter Gemeinschaft die

linksbürgerliche und sozialdemokratische Presse **und die der KPD** festzustellen versucht, leider noch keine Rede sein. Eine starke Zunahme der Nazi-Stimmen ist in den Gebieten festzustellen, wo sich der Terror der SA.-Banden und der Druck der Großgrundbesitzer hemmungslos auswirken konnte. Dagegen weisen die Bezirke, wo die Arbeiter dem faschistischen Terror wirksam entgegentraten, eine Abnahme der Nazi-Stimmen auf.

Von den bürgerlichen Parteien hat außer der NSDAP nur das **Zentrum** noch einen beachtlichen Zuwachs — seine Schwesterpartei, die Bayr. Volkspartei einen kleinen Stimmengewinn — zu verzeichnen. Alle übrigen bürgerlichen Parteien haben starke Verluste und sind zum Teil so gut wie aufgerieben worden. Das Zentrum verdankt seinen Erfolg in erster Linie dem Kräfteaufwand der katholischen Kirche und der christlichen Gewerkschaften.

Die **SPD** erhielt bei den Wahlen die Quittung auf ihre kampflose Kapitulation vor dem Staatsstreich der Papen-Regierung am 20. Juli. Die SPD hat einen Rückgang von 625 361 Stimmen zu verzeichnen, obwohl sie einen beträchtlichen Teil der Stimmen der Staatspartei geschluckt hat; ihr Verlust an **Arbeiter**stimmen wird um diesen Stimmengewinn vergrößert.

Die **KPD** hat einen sehr beachtlichen Stimmenerfolg zu verzeichnen. Sie hat mehr Stimmen gewonnen als die SPD verloren hat. Die Stimmenzahl der KPD gegenüber 1930 ist beträchtlich gestiegen. Der prozentuale Anteil, den SPD und KPD zusammen an der Gesamtstimmenzahl haben, ist allerdings, wie bereits gesagt, gegenüber den Wahlen von 1930 zurückgegangen. Es ist leicht abzusehen, daß der Wahlerfolg der KPD noch größer wäre, wenn die Partei in den letzten Jahren eine zielklare leninistische Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik befolgt hätte. Der Wahlerfolg der KPD unterstreicht nur, wie günstig die objektiven Bedingungen für den Kommunismus in Deutschland sind. Der Wahlerfolg darf jedoch nicht über die tatsächliche politische Stoßkraft, über ihre Aktionsunfähigkeit im Moment hinwegtäuschen. **Nicht der 31. Juli, sondern der 20. Juli ist der Prüfstein für die Schlagkraft der Partei.**

„Der Vormarsch des Nationalsozialismus zum Stehen gebracht"?

Die gesamte republikanische Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, sucht über die Niederlage ihrer Parteien hinwegzutäuschen und stellt wieder einmal einen „Stillstand" und nicht mehr zu überschreitenden „Höhepunkt" der faschistischen Entwicklung fest. Den Stillstand will sie darin sehen, daß die NSDAP nicht wesentlich über den prozentualen Stimmenanteil hinausgekommen ist, den sie bei der Präsidentenwahl erzielt hatte, oder gar darin, daß die NSDAP noch nicht die absolute Stimmenmehrheit erlangt hat. **Es ist der Gipfel des parlamentarischen Kretinismus zu glauben oder glauben machen zu wollen, daß der Faschismus sich durch die ihm zur absoluten Mehrheit fehlende Stimmenzahl abhalten lasse nach der Macht zu greifen.** Die republikanische Presse schläferte in den letzten Jahren die Wachsamkeit breiter Arbeiterschichten

mit ihren vagen Prophezeiungen immer wieder ein; immer wieder vertröstete sie die Arbeiter darauf, daß der Faschismus sich mit der Zeit totwählen, daß er im parlamentarischen Sumpf ersticken würde. So hielt namentlich die sozialdemokratische Presse große Teile der Arbeiterklasse vom außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus ab. War das in den letzten Jahren schon verderblich, so ist es angesichts der brennenden Gefahr der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland ein Verbrechen, die Arbeiter mit diesem liberalen Gewäsch weiterhin über den Ernst der Stunde hinwegzutäuschen.

Leider bewegt sich bei der Einschätzung der Wahlen die Führung und Presse der KPD, genau wie nach den Wahlen von 1930, im Kielwasser der republikanischen Presse. Die „Rote Fahne" schrieb am Tage nach den Septemberwahlen 1930 (15. September) in dem Artikel: „Kommunisten — **die** Sieger des Wahlkampfes" u. a.:

„Wir müssen offen gestehen: **Die siegessicheren Erwartungen unserer Partei sind übertroffen worden.** Das Tempo unseres wachsenden Einflusses unter den Arbeitern und Ausgebeuteten, das Tempo der Gewinnung der arbeitenden Massen in Stadt und Land für unser revolutionäres Befreiungsprogramm hat sich noch als stürmischer erwiesen, als wir vor dem 14. September glaubten."

Weiter heißt es in dem Artikel:

„Gestern war Herrn Hitlers „größter Tag", aber der sogenannte Wahlsieg ist der Anfang von ihrem (der NSDAP. Der Verf.) **Ende im Sumpf und auf den Ministersesseln der Young-Republik."**

Am 16. September schrieb die „R. F." im Leitartikel:

„ . . . Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein."

Die Entwicklung des Faschismus in Deutschland seit 1930 hat die „Propheten" der republikanischen Presse und ihre Nachbeter in der Führung der KPD mehr als Lügen gestraft. Aber diese Führung hat inzwischen nichts gelernt. Wiederum betet sie der liberalen Presse nach: Der Vormarsch des Faschismus ist zum Stehen gebracht! Im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 1. August 1932 heißt es:

„Die deutschen Arbeiter haben am 31. Juli unter Führung der Kommunistischen Partei den Ansturm des Hitlerfaschismus zum Stehen gebracht, den Einbruch der Faschisten in die Reihen der Arbeiterklasse zurückgeschlagen . . . "

Das „Volks-Echo" vom 2. August, daß an Stelle der verbotenen „Roten Fahne" geliefert wurde, schreibt:

„Der Wahlsieg vom 31. Juli ist zugleich die Durchbruchsschlacht der Antifaschistischen Aktion, die große Probe für die von der Kommunistischen Partei geführte rote Einheitsfront."

„ . . . Die Antifaschistische Aktion hat einen festen Ring um die braunen Soldtruppen des Kapitals geschlossen; sie war auch bereits so stark, daß es ihnen nicht gelang, diesen Ring zu durchbrechen."

Wir sind über den kommunistischen Wahlerfolg erfreut. Wir sagen aber gleichzeitig, daß er, gemessen an dem Vormarsch des Faschismus, keinen Anlaß zu Hurrastimmung bietet. Es entspricht weder dem zahlenmäßigen Ergebnis der Wahlen und noch viel weniger den objektiven Kräften, die die Bourgeoisie in der Richtung zur faschistischen Diktatur treiben, daß die Gefahr des Faschismus zum Stehen gekommen sei. **Zeigen sich irgendwo Symptome der Besserung der kapitalistischen Krise, schwinden die ökonomischen Ursachen, die die Bourgeoisie zur konterrevolutionären Lösung der Krise treiben?** Nirgends ist etwas derart festzustellen und dennoch wagt die derzeitige kommunistische Führung und Presse vom Stillstand der faschistischen Entwicklung und dem Vormarsch der revolutionären Kräfte zu faseln. **Leider bleibt der revolutionäre Widerstand noch weit hinter dem faschistischen Vormarsch zurück. Diesen Tatsachen gilt es ins Auge zu sehen.** Der heutigen Führung der KPD muß man dieselben Worte, die **Lenin** dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale zurief, entgegenhalten:

„Ihr wollt Revolutionäre sein und habt nicht den Mut, die Wahrheit zu sehen!"

Ja noch mehr, sie wollen Revolutionäre sein und täuschen die Arbeiter über den tatsächlichen Ernst der Situation. Nur rücksichtlose Kennzeichnung der Situation gibt die Möglichkeit, die Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln und den Widerstand der Arbeiter zu organisieren. Nicht einmal bei den Faschisten trifft man eine derartige Ueberschätzung parlamentarischer Wahlen wie bei der heutigen Führung der KPD. Sie bauen vielmehr unentwegt ihre außerparlamentarischen Machtpositionen aus. Und wenn die Erfahrung der letzten anderthalb Jahrzehnte in Deutschland noch nicht genügt, so sei an Italien erinnert, wo die Sozialisten vor dem Staatsstreich Mussolinis noch einen großen Wahlsieg errungen haben, der Mussolini aber nicht hinderte, die Macht an sich zu reißen.

Immer wieder sagen wir: Mit dem 31. Juli darf sich die Arbeiterklasse nicht über den 20. Juli hinwegtäuschen lassen.

Die Niederlage des Reformismus

Der Reformismus hat am 31. Juli nicht nur eine zahlenmäßige Niederlage erlitten. **Erneut hat sich bereits am 20. Juli der Bankrott der gesamten reformistischen Theorie und Praxis erwiesen,** der Theorie von der Verwirklichung des Sozialismus durch die „Macht" des Stimmzettels, von dem allmählichen „Hineinwachsen in den Sozialismus", nachdem man genügend Positionen im bürgerlichen Staatsapparat „erobert" hat, von der „Wirtschaftsdemokratie", der Gleichberechtigung von Arbeiter und Ausbeuter im Wirtschaftsleben als Vorstufe für den „wahren Sozialismus". Am 20. Juli gelang es den reformistischen Führern noch einmal, die Arbeiter über den Ernst der Stunde zu täuschen, sie abzuhalten, den Papen-Schleicher die einzige Antwort zu geben, die gegeben werden mußte: den Staatsstreich der Junker und Generale zu beantworten mit dem Generalstreik.

Die reformistischen Führer wichen dem Kampf feige aus. Hatten sie beim Kapp-Putsch in ihrer ersten Verwirrung zur Rettung ihrer Ministersessel noch zum Generalstreik aufgerufen, so verzichteten sie am 20. Juli darauf, weil sie mit Recht fürchteten, daß sie die Arbeiter nicht ein zweites Mal an den Grenzen des bürgerlichen Staates zum Stehen bringen würden, wenn sie einmal in Bewegung geraten sind. Aus Rücksicht auf den Bestand der „bürgerlichen Ordnung", des bürgerlichen Staates, kapitulierten die Braun-Severing und alle reformistischen Führer am 20. Juli feige und kampflos. **Das Interesse der „bürgerlichen Ordnung", des Ausbeuterstaates, stand ihnen wiederum höher als das Lebensinteresse der Arbeiterklasse.** Der Weg der reformistischen Führer ist der der kampflosen Kapitulation vor dem Faschismus.

Sie wagten den Arbeitern den Stimmzettel als Waffen- und die Wahlen vom 31. Juli als Kampfersatz zu bieten. Am Wahltage sollten die Arbeiter „fürchterliche Abrechnung mit dem Stimmzettel" halten. **Die Arbeiter haben abgerechnet — mit den reformistischen Kapitulanten vor dem Faschismus,** mit den Schmierenkomödianten vom 20. Juli, den „Helden", die nur der „Gewalt" wichen. Leider war diese Abrechnung der Arbeiter noch nicht eindringlich genug. Noch ist die Ueberzeugung nicht Allgemeingut der Arbeiterklasse, daß dem Faschismus das Pappschwert des Stimmzettels nicht imponiert, daß andere Waffen und Kampfmethoden zu seiner Niederwerfung und Vernichtung erforderlich sind.

Vierzehn Jahre wurden die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern mit der Behauptung irregeleitet, daß sich die Arbeiterklasse durch Ministerposten Positionen im bürgerlichen Staatsapparat schaffen, daß sie durch parlamentarische Wahlen den bürgerlichen Staatsapparat erobern müsse, anstatt, wie uns Marx lehrte, ihn im außerparlamentarischen Machtkampf zu zerschlagen und in der proletarischen Diktatur das Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse zu schmieden. Diesem Gedanken, sich „Positionen" im bürgerlichen Staat zu schaffen, wurden im Laufe der Jahre immer aufs neue Arbeiterinteressen geopfert. Allein um das „Preußenbollwerk" zu halten, wurde das Bündnis mit den Pfaffen geschlossen, wurden die materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiterklasse all die Jahre in den Dreck gestampft; jede neue Schandtat begründeten die Braun-Severing damit, daß „um höherer staatspolitischer Interessen willen" die Arbeiter jeden neuen Nackenschlag eigentlich als Erfolg bejubeln müßten. So hat man die sozialdemokratischen Arbeiter genarrt. Sie sind zwar nie so recht hinter die letzten Gründe der „hohen Politik" ihrer Führer gekommen, aber sie vertrauten deren „staatsmännischer Weisheit". Bis am 20. Juli der General v. Schleicher mit den Stiefelspitzen das „Preußenbollwerk" wie ein Kartenhaus umwarf und nur **Noske** und **Zörgiebel** grüßen noch von den Trümmern. Die Aemter dieser beiden Zeitgenossen allein blieben von dem stolzen „Preußenbollwerk", zur Verhöhnung der sozialdemokratischen Arbeiter.

Der Bankrott des Reformismus zeigt sich auch auf dem Gebiet der Gewerkschaftspolitik. Die Gewerkschaften führen weder einen ernsthaften Kampf gegen die Kapitalsoffensive — und ernsthaft vom Standpunkt der proletarischen Klasseninteressen ist nur der Kampf, der keine Rücksichten auf den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates kennt — noch gegen den Faschismus. Am 20. Juli kapitulierten auch die Gewerkschaften kampflos und stellten sich in den Dienst der sozialdemokratischen Wahlpropaganda. Mit der SPD beschimpften sie die Kommunisten als Spitzel und Provokateure, weil diese den Generalstreik forderten. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sagen: jetzt kann man nicht streiken wegen der schweren Wirtschaftskrise und der Millionenarmee der Erwerbslosen. In Zeiten der Konjunktur sagten sie, man kann nicht streiken, weil man den Wiederaufbau der Wirtschaft nicht stören darf. Wann kann dann überhaupt gestreikt werden? Mit jedem Tag wächst der faschistische Terror. Die Anschläge auf Gewerkschaftshäuser und Einrichtungen der Arbeiterorganisationen, Ueberfälle auf führende Funktionäre der Arbeiterorganisationen mehren sich. Die Kapitalsoffensive, der Abbau der Sozialversicherung, die Aufbürdung neuer Steuer- und Zollasten dauern an. **Was muß noch geschehen, bis die reformistischen Gewerkschaftsführer zum Widerstand und Kampf aufrufen? Jeder weitere Tag des kampflosen Ausweichens vor dem Faschismus verringert die Chancen erfolgreicher Gegenwehr.** Dieser Zustand des Nichtkämpfens zersetzt, sprengt die Gewerkschaften von innen heraus. Das kampflose Ausweichen vor entscheidenden Kämpfen durch die reformistischen Gewerkschaftsführer züchtet geradezu den faschistischen Streikbruch. Der Reformismus macht die Gewerkschaften als Waffe des Klassenkampfes unbrauchbar; er wird zum Totengräber der Gewerkschaften.

So erweist sich der Reformismus erneut auf allen Gebieten als untaugliche Waffe für den Klassenkampf der Arbeiter. 14 Jahre vertrauten Millionen von Arbeitern in Deutschland auf den Reformismus. 14 Jahre wurde die reformistische Theorie vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus erprobt. Das Experiment hat die Arbeiterklasse unzählige Opfer und Leiden gekostet und das Resultat dieser Leidensjahre ist, daß der Faschismus vor der Machtergreifung steht. Aus diesem Bankrott des Reformismus können die Arbeiter nur die eine Lehre ziehen: Weg mit dieser Waffe, die einem Messer ohne Heft und ohne Klinge gleicht! **Zwischen** den Reformisten und Kommunisten steht eine Mauer von Grundsätzen. Aber **vor** ihnen steht ein Feind, der sie **beide** zu vernichten droht. Ihn abzuwehren, zu schlagen und zu vernichten, das ist die Lebens- und Existenzfrage für die gesamte Arbeiterklasse. Deshalb müssen sich die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf zusammenfinden. Sie dürfen nicht warten, bis der Befehl von oben kommt; sie müssen ihre Führungen unter Druck setzen und aller Orten den gemeinsamen Kampf, wenn nötig auch ohne die „erprobten Führer", organisieren. Im Kampf werden auch die grundsätzlichen Streitfragen ihre Lösung finden, und der revolutionäre Weg wird sich als der einzig gangbare für die Befreiung der Arbeiterklasse erweisen.

Schluß mit dem ultralinken Kurs der KPD!

Heute trifft noch viel mehr zu, was wir nach den Septemberwahlen 1930 in „Gegen den Strom", dem Organ der KPDO, schrieben:

„Bei einer richtigen Politik der Kommunistischen Partei hätte der Kommunismus die Sozialdemokratie aufreiben müssen. Der Faschismus aber hätte überhaupt nicht auf die Beine kommen dürfen."

Und auch die Fragestellung und Antwort aus der gleichen Nummer von „G. d. St.", über die Ursachen, die es der KPD nicht ermöglichten, die SPD entscheidend zu schlagen, können wir wiederholen. Wir schrieben dazu:

„Würde die Leitung der KPD es wagen, die Tatsachen zu sehen wie sie sind, so würde sich den Parteimitgliedern zwangsläufig die Frage aufdrängen: Warum? **Warum ist es unserer Partei nicht gelungen, die SPD entscheidend zu schlagen, trotz des ungeheuren Schuldkontos der SPD? Warum ist es unserer Partei nicht gelungen, den Aufschwung des Faschismus zu verhindern und ihn vernichtend zu schlagen?**

Die Antworten sind klar:

Schuld daran, daß es der Kommunistischen Partei nicht gelang, die Sozialdemokratie entscheidend zu schlagen, ist der ultralinke Kurs, der seit zwei Jahren anhält. **Schuld daran ist die Ablehnung einer wirklichen Taktik der Einheitsfront. Schuld daran ist das Fehlen eines Aktionsprogramms von Tagesforderungen und Uebergangslosungen, eines konkreten Kampfprogramms gegen den Kapitalsangriff und den Faschismus,** eines proletarischen Notprogramms nicht nur seit 2 Jahren, sondern auch im Wahlkampf selber. Sowjet-Deutschland, das war die einzige Losung der Partei. **Schuld daran ist die ultralinke Gewerkschaftspolitik** und ihre Folge, der Verlust fast aller kommunistischen Stellungen in den Gewerkschaften. **Schuld daran ist die entsprechende Politik der Partei in den anderen proletarischen Massenorganisationen.** Schuld daran ist endlich das Programm des „spießbürgerlichen Nationalismus", das auf klassenbewußte Arbeiter erschreckend wirken mußte."

Das Schuldkonto der SPD hat sich in den letzten beiden Jahren erheblich vergrößert und dennoch ist es der KPD nicht gelungen, die SPD entscheidend zu schlagen, noch viel weniger, den Faschismus zum Stehen zu bringen. **Denn die Tatsachen, die steigende faschistische Terrorwelle seit den Wahlen und die schwachen Widerstandssymptome der Arbeiterklasse,** führen die Prahlereien der KPD-Führung, vom „Ring", den die Antifaschistische Aktion um die braunen Soldtruppen des Kapitals geschlossen habe, und den diese nicht zu durchbrechen vermochten, auf ihren wahren Wert zurück. Die Wirkungen des ultralinken Kurses bleiben, solange die Ursache, eben der ultralinke Kurs, nicht beseitigt ist. Es sind im Laufe der letzten zwei Jahre von der Führung der Partei einige Schönheitsreparaturen an der Fassade der ultralinken Politik vorgenommen worden. Die Partei hat wiederholt Tagesforderungen aufgestellt, sie hat des öfteren in den letzten beiden Jahren Aktionsprogramme aufzustellen versucht, sie hat den Sozialfaschismus in der Agitation und Presse zwar nicht begraben, aber doch stark in den Hintergrund treten lassen, sie hat das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung" in ein solches zur sozialen und nationalen Befreiung umkorrigiert (was sie nicht hindert, sich hin und wieder auch noch auf das erstere zu beziehen, wie es gerade gebraucht wird), sie hat **vereinzelte** Schritte in der Richtung einer richtigen Anwendung der Einheitsfrontpolitik getan, sie hat die gröbsten Auswüchse der ultralinken Gewerkschaftspolitik beseitigt. **Aber die Führung der KPD hat in all diesen Fragen keine grundlegende und offene Abkehr vom ultralinken Kurs vorgenommen.** Das ist aber Voraussetzung dafür, daß die KPD in Stand gesetzt wird, den Widerstand der Arbeiterklasse zu organisieren.

Die Führung der Partei muß **die Einheitsfronttaktik** nicht nur in Worten anwenden, denn nichts anderes ist die Wendung nur an die sozialdemokratischen Arbeiter. Die Führung der KPD muß sich immer wieder bei entsprechenden Anlässen örtlich, bezirklich und im Reichsmaßstab mit konkreten Kampfangeboten an die reformistischen Organisationen wenden. **Die halbe Wendung,** die die Führung der KPD nach den Preußenwahlen vornahm, wonach Einheitsfrontangebote an die örtlichen Leitungen der reformistischen Organisationen gemacht werden sollten, ist ungenügend. Was richtig und erlaubt ist gegenüber den unteren Organisationen, ist auch richtig, wenn es im zentralen Maßstab geschieht. Und wenn die Partei nicht mit Unrecht ihren Wahlerfolg vom 31. Juli z. T. auf die Anwendung der Einheitsfronttaktik der letzten Monate zurückführt, die unzulänglich und schwankend erfolgte, so ist leicht abzusehen, welche Erfolge die Partei bei einer konsequenten Anwendung der Einheitsfronttaktik haben mußte. Leider hat die Führung der KPD in den Kundgebungen der letzten Wochen selbst diese halbe Wendung wieder zurückgenommen und nie mehr von der Notwendigkeit der Angebote an die unteren Organisationen gesprochen. **Andererseits hat sich die Partei am Abend des 20. Juli mit einem Angebot an die zentralen Instanzen der Reformisten gewandt. Aber das geschah unter Ausschluß der gesamten Arbeiteröffentlichkeit;** auch die Parteimitgliedschaft erfuhr erst mehrere Tage danach davon. Solche „Spitzenangebote" hinter verschlossenen Türen tragen opportunistischen Charakter. Solche Angebote sind gleichzeitig der gesamten Arbeiteröffentlichkeit zu unterbreiten, damit sie von unten genügend gestützt werden. Vor allem bedarf ein solcher Schritt auch der **genügenden Vorbereitung der eigenen Organisation,** der man Einheitsfrontangebote an die Spitzen der reformistischen Organisationen bis zur letzten Stunde noch als Ausbund des Opportunismus hingestellt hat. **In allen Arbeiterversammlungen sind diese Angebote zur Diskussion zu stellen und Zustimmungserklärungen anzustreben.** Durch örtliche Einheitsfront**aktionen** wird der Druck auf die zentralen Instanzen verstärkt. **Es darf nicht mehr so weitergehen, daß, wenn in Ostpreußen oder in einem anderen Gebiet der faschistische Terror wütet, es in anderen Teilen des Reiches nicht einmal zu einer Protestresolution, geschweige denn Solidaritätsaktion kommt. Geht das etwa die süd- oder westdeutschen Arbeiter nichts an, wenn ihre Klassengenossen im Norden oder Osten bestialisch abgeschlachtet werden?**

Nach der jahrelangen **ultralinken Gewerkschaftspolitik,** die die Bildung eigener „roter" Verbände zur Folge und zum Ziele hatte, ist eine Teilkorrektur keine Korrektur. Die Partei muß offen aussprechen, daß ihre Gewerkschaftspolitik in den letzten Jahren falsch war und zur Vernichtung jeden Einflusses der KPD in den Gewerkschaften geführt hat; sie muß sagen, daß sie gewillt ist, den Kampf für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und die Einheit der Gewerkschaften zu führen und die lebensunfähigen Gebilde der „roten" Gewerkschaften auf diese Weise zu liquidieren. Die Partei muß das tun, wenn sie die Losung des politischen Massenstreiks ernst nimmt und wenn sie Einfluß auf jene Arbeiterkategorien gewinnen will, die bei einem politischen Massenstreik den Hebel zu den wichtigsten Produktionsstätten der kapitalistischen Wirtschaft in der Hand haben.

Die Verantwortung für den Zustand der KPD und für ihren geringen Einfluß liegt auf der Führung, die jahrelang am ultralinken Kurs festgehalten

hat und sich jeder Belehrung durch die Tatsachen als unzugänglich erwies. Sie liegt nicht minder bei der Exekutive der Kommunistischen Internationale, die die Führung der KPD in ihrer falschen, verhängnisvollen Politik bestärkte. Eine wirkliche Liquidierung des ultralinken Kurses der KPD ist nur möglich unter aktiver Mitwirkung der Mitgliedermassen der Partei, die sich das Recht auf ungehinderte innerparteiliche Diskussion, auf das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung wichtiger politischer Entscheidungen, sofern diese nicht rasch gefällt werden müssen, auf die Wahl der Führung durch die Mitglieder in legalen Zeiten erkämpfen müssen. Die KPD-O., die vor vier Jahren wegen ihres Kampfes gegen die Beschlüsse der Parteikörperschaften, die den ultralinken Kurs einleiteten, aus der KPD ausgeschlossen wurde und seitdem außerhalb der KPD für die Gesundung, Einheit und Geschlossenheit der KPD gekämpft hat, wird alle Kräfte in der Partei unterstützen, die gegen den ultralinken Kurs kämpfen und mit ihnen für die Wiederherstellung der Geschlossenheit und Schlagkraft der KPD wirken.

Die KPD-O. und die Aufgaben der Arbeiterklasse

Wer von den Wahlen am 31. Juli eine Entscheidung gegen den Faschismus erwartete, der übersah, daß die ökonomischen Ursachen, die die Bourgeoisie in der Richtung zur faschistischen Diktatur treiben, unvermindert weiterwirken, und daß der Faschismus nicht durch die Zwirnsfäden des bürgerlichen Parlamentarismus zu Fall kommen wird. Und wer, wie die Führung der KPD, im Wahlergebnis einen entscheidenden Schlag gegen den Faschismus erblickt, der bewegt sich ganz in linksbürgerlichen Gedankengängen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse ergeht sich seit den Wahlen in Rätselraten über die neugeschaffene parlamentarische Kräftekonstellation und die Möglichkeiten der Regierungsbildung. Die sozialdemokratische Presse benutzt den Wahlerfolg der Kommunisten, um sich bei den Papen-Schleicher in der widerlichsten Weise anzubiedern und die Unentbehrlichkeit der sozialdemokratischen Führer im Kampf gegen den Kommunismus in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die KPD feiert ihren Wahlsieg. Derweilen melden die Nazis ultimativ ihre Ansprüche auf die ungeteilte Macht an und im Lande entfesseln sie die braune Mordpest. In **Ostpreußen**, in **Braunschweig**, in **Schleswig-Holstein**, in zahllosen Orten des Reiches wüten die Mordbuben des dritten Reiches. Sie machen keinen Unterschied, ob ihre Opfer sozialdemokratische oder kommunistische Mitgliedsbücher in der Tasche haben, ob sie Liste 1 oder Liste 3 gewählt haben.

Aber warum sollen die Arbeiter erst im Tode vereint sein? Sollen noch mehr Opfer fallen, bis die parteiamtliche Erlaubnis zur gemeinsamen Niederwerfung der braunen Pest kommt?

Die KPD-O. sagt: der gemeinsame Kampf der sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeiter muß sofort organisiert werden,

trotz der bestehenden grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Parteien und Organisationen. **Und der gemeinsame Kampf der Arbeiter für die nächstliegendsten Arbeiterinteressen ist möglich. Für die Niederwerfung der braunen Mordpest, für die Vertreibung der Faschisten von den Straßen, aus den Betrieben, für die Schließung der SA.-Kasernen und Schlupfwinkel der braunen Mordkolonnen, für das Verbot der SA. und SS., für die Wiederherstellung der Demonstrationsfreiheit für die antifaschistischen Organisationen, für den Rücktritt der Papen-Regierung, für die Zurücknahme der die Werktätigen belastenden wirtschaftlichen und politischen Notverordnungen, für gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmeroffensive — für diese notwendigsten Forderungen ist ein gemeinsamer Kampf notwendig und möglich.**

Der Kampf dafür muß sofort in jedem Ort in Angriff genommen werden, ganz gleich, ob er den Segen der zentralen Instanzen der Arbeiterorganisationen findet oder nicht.

Der politische Massenstreik

muß in jedem Orte vorbereitet und mit ihm müssen die Mordtaten der Faschisten beantwortet werden. Nur durch den politischen Massenstreik in Verbindung der physischen Abwehr gegen den faschistischen Terror ist der Faschismus letzten Endes zu schlagen. Es darf keine Arbeiterversammlung vergehen, in der nicht die Forderung des politischen Massenstreiks erhoben und in Resolutionen die Bereitschaft dazu erklärt wird.

Die KPD-O. schlägt zur Organisierung der antifaschistischen Gegenoffensive der Arbeiterklasse vor, daß sich alle Arbeiterorganisationen örtlich zu

Antifaschistischen Kartellen

zusammenschließen und diesen Kartellen in Belegschaftsversammlungen gewählte Vertreter der Betriebe eingliedern. Diese „Parlamente der Arbeit" sollen zunächst die Organisierung der notwendigsten Abwehrmaßnahmen in Angriff nehmen. Sie sollen sich darüber hinaus der Interessen der gesamten proletarischen Bevölkerung des Ortes annehmen. Die antifaschistischen Kartelle dürfen sich nicht auf die örtliche Abwehr beschränken, sie müssen vielmehr Fühlung mit den Kartellen der Nachbarorte suchen, um möglichst schnell eine Zentralisation aller antifaschistischen Abwehr zu erreichen.

Neben den Antifaschistischen Kartellen ist unter ihrer politischen Führung eine Zentralisation aller antifaschistischen Wehrorganisationen anzustreben. Die Organisationen sollen zunächst ihre organisatorische Selbständigkeit bewahren, aber es muß rasch Schluß gemacht werden mit dem Neben- und Durcheinanderwursteln von Reichsbanner, Proletarischem Selbstschutz, Antifaschistischem Kampfbund usw. Eine Zentralisation der Kräfte mit dem Ziel der Schaffung einer überparteilichen

proletarischen Klassenwehr

unter politischer Führung der Antifaschistischen Kartelle gibt die Gewähr erfolgreichen Widerstandes gegen den faschistischen Terror.

Diese nächsten Maßnahmen schlagen wir der Arbeiterschaft vor. Für deren Verwirklichung sollen die Arbeiter ohne Unterschied der Partei- und Organisationszugehörigkeit wirken. Diese nächsten Aufgaben sollen in jedem Ort in Angriff genommen werden.

Auf zur wirklichen antifaschistischen Aktion!

„Das Werk der Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selber sein!"

Nehmen die Arbeiter ihre Geschicke nicht in ihre eigenen Hände, handeln sie nicht schnell und entschlossen, dann ist der Sieg des Faschismus unvermeidlich; denn außer der Arbeiterklasse existiert keine Kraft, die die Flut der faschistischen Konterrevolution zum Stehen bringt. Die Arbeiterklasse trägt vor der Geschichte eine hohe Verantwortung. Ihr Kampf ist mehr als die Verteidigung der nackten Existenz. Sie ist die Trägerin der Aufwärtsentwicklung der menschlichen Gesellschaft, sie ist das Bollwerk der Menschheitskultur. Fällt dieses Bollwerk, werden die faschistischen Banden das Reich der Barbarei aufrichten, gegen das alles verblassen wird, was in der Menschheitsgeschichte an finsterster Reaktion jemals zu verzeichnen war.

Das ist keine Schwarzmalerei! Unsere Sorge um die Geschicke der proletarischen Revolution, unsere Verantwortung als Kommunisten verpflichten uns, der Arbeiterklasse rückhaltlos die Perspektiven der nächsten Zukunft klarzulegen. Aber wir sagen gleichzeitig: **Noch ist es nicht zu spät! Zum Kämpfen ist es nie zu spät! Kämpfen muß die Arbeiterklasse jetzt, solange die Möglichkeiten eines Sieges mit möglichst geringen Opfern noch gegeben sind. Wenn die sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter zusammenstehen, wenn sie den von uns gezeigten Weg des gemeinschaftlichen Kampfes heute und morgen beschreiten, dann wird der Faschismus bald zerschmettert am Boden liegen, dann ist der Sieg der Arbeiterklasse und des Sozialismus gewiß!**

Berlin, den 2. August 1932.

Die Reichsleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition).

ACO-Druck, Berlin

Jede werktätige Frau entscheidet sich

für den roten Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann

Sie liest und verbreitet folgende Broschüren:

Klasse gegen Klasse

Rote Einheitsfront gegen faschistische Hindenburg-Front! Das heißt entschiedener Kampf gegen die Notverordnungs-Diktatur, das heißt Massenmobilisierung zur Befreiung der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Sklaverei. Jeder Arbeiter liest diese grundlegende Auseinandersetzung und hilft mit, sie zu verbreiten.

Preis 10 Pfennig

Frauen des arbeitenden Volkes, auf euch kommt es an

Alle bürgerlichen Parteien, von Nazis bis Sozis, erinnern sich beim Wahlkampf an euch und buhlen um eure Stimme. Wie sie wirklich zu euch stehen, zeigt euch diese Broschüre. Allein die Kommunisten versprechen euch nichts, aber sie weisen euch den Weg aus Not und Elend. Diese Schrift zeigt am Beispiel der Sowjetunion die wirklichen Ziele der Kommunisten.

16 Seiten, 10 Pfennig

Sozialismus schafft Wohlstand für alle

Eine Broschüre über den zweiten Fünfjahrplan in der Sowjetunion, der nicht nur den gigantischen Aufbau des Sozialismus fortführt, sondern darüber hinaus den Arbeitern einen größeren Anteil an den von ihnen geschaffenen Werten sichert. Um das Dreifache soll sich ihr Arbeitslohn erhöhen und um ein Vielfaches wird sich der Kulturstand des gesamten Volkes heben.

Preis 10 Pfennig

Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands